

# Inhaltsverzeichnis

## **Einführung**

§ 1 Digitalisierte Arbeitswelt und private Informationstechnik .....	19
§ 2 Gegenstand und Gang der Untersuchung .....	23

## *Teil 1*

<b>Grundlagen des Einsatzes privater Arbeitsgeräte</b> .....	25
§ 3 Systematisierung und Rechtsgrundlage .....	25
I. Systematisierung der Einsatzkonstellationen .....	25
1. Differenzierung nach Pflichtenaufteilung .....	25
2. Differenzierung nach Nutzungsweise des Privatgeräts .....	27
II. Rechtsgrundlage des Einsatzes privater Arbeitsgeräte .....	27
1. Einzelvertragliche Rechtsgrundlage .....	27
2. Weisungsrecht .....	29
3. Betriebliche Übung .....	30
4. Betriebsvereinbarung .....	30
§ 4 Interessenlage am Einsatz privater Arbeitsgeräte .....	31
I. Vorzüge und Nachteile einer Flexibilisierung von Arbeit .....	32
1. Freiheitsgewinn .....	32
2. Verlust arbeitsfreier Räume .....	32
3. Ambivalenz der Entwicklung .....	34
II. Vorzüge und Nachteile des Einsatzes privater Arbeitsgeräte .....	35
1. Kostenreduktion und Technisierung des Betriebs .....	35
2. Erreichbarkeit der Arbeitnehmer .....	36
3. Schlussfolgerung .....	38
III. Einsatz von Privatgeräten durch unqualifizierte Beschäftigte .....	39

## *Teil 2*

<b>Haftungsverteilung nach dem arbeitsrechtlichen Haftungsregime</b> .....	42
§ 5 Prinzipien des innerbetrieblichen Schadensausgleichs .....	43
I. Betriebsrisiko als maßgebliches Zurechnungsprinzip .....	44
II. Soziale Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers .....	48

III. Fremdbestimmung bei indirekten Steuerungsformen .....	49
1. Heranziehung von Grundgedanken der Gefährdungshaftung .....	49
2. Fremdbestimmtheit der Arbeitsorganisation .....	50
a) Formen und Konzepte von Kontrolle .....	51
b) Autonomie und Macht in den neuen Organisationsformen .....	55
c) Konzept der indirekten Steuerung .....	56
aa) Vermarktlichung der Arbeitsorganisation .....	57
bb) Kontrollierbarkeit der Arbeitsergebnisse .....	58
cc) Nutzbarmachung interner und externer Konkurrenz .....	59
dd) Zwischenergebnis .....	60
3. Schlussfolgerungen .....	61
IV. Fazit .....	63
§ 6 Haftungsverteilung zwischen den Arbeitsvertragsparteien .....	64
I. Die haftungsentlastenden Rechtsinstitute in der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts .....	64
1. Haftungsprivileg des Arbeitnehmers .....	64
2. Verschuldensunabhängige Haftung des Arbeitgebers .....	66
II. Analyse der materiell-rechtlichen Risikoverteilung .....	68
1. Kongruente Anwendungsbereiche .....	68
2. Kongruente Schadensverteilung .....	72
3. Zwischenergebnis .....	76
III. Analyse der prozessrechtlichen Risikoverteilung .....	77
1. Bedeutung der Beweislast in Haftungsprozessen .....	78
2. Beweislastverteilung im arbeitsrechtlichen Haftungsregime .....	79
a) Prozessuale Lasten bei herkömmlicher Pflichtenaufteilung .....	79
aa) Grundlegende Verteilung der objektiven Beweislast .....	79
bb) Beweiserleichterungen zugunsten des Arbeitgebers .....	82
(1) Anscheinsbeweis bzgl. haftungsbegründenden Verschuldens .....	82
(2) Grundsätze der abgestuften Darlegungs- und Beweislast ....	82
(a) Erfordernis der alleinigen Kontrolle des Arbeitnehmers .....	83
(b) Rechtsprechung des BAG zur Mankohaftung .....	83
(c) Transfer auf den Einsatz von Mobilgeräten .....	83
(d) Überzeugungskraft der Rechtsprechung im vorliegenden Kontext .....	85
b) Prozessuale Lasten bei Einsatz von privaten Arbeitsgeräten .....	86
3. Vergleichende Betrachtung der prozessualen Risikoverteilung .....	88
a) Inkongruenz der Beweislastverteilung .....	88
b) Schwierigkeiten beim Nachweis der Betrieblichkeit .....	90
c) Fehlendes Verschuldenserfordernis als gegenläufige Erwägung ....	91
4. Durchsetzungshemmnisse auf Arbeitnehmerseite .....	94
5. Schlussfolgerung .....	95

IV. Modifikation der Beweislastverteilung bei Eigenschäden von Arbeitnehmern	95
1. Anwendung der Beweislastgrundregel	96
a) Uneinheitlichkeit bzgl. des dogmatischen Anknüpfungspunktes	96
b) Verknüpfung des Arbeitnehmerschuldens mit § 670 BGB	97
c) Verknüpfung des Arbeitnehmerschuldens mit § 254 BGB	98
2. Sachliche Kriterien der Beweislastverteilung	99
a) Die begrenzte Aussagekraft der Beweislastgrundregel	99
b) Prozessrechtliche Kriterien	101
aa) Angreiferprinzip	101
bb) Beweisnähe	102
cc) Gebotenheit des Negativbeweises	104
c) Materiell-rechtliche Kriterien	104
aa) Zweck des materiellen Rechts	104
bb) Zweckmäßighkeits- und Gerechtigkeitsprüfung	105
(1) Machtgefälle im Arbeitsverhältnis	105
(2) Prozessabschreckung	106
(3) Gleichbehandlungsgebot	107
(4) Präventivzweck der Haftungsnorm	108
d) Zusammenfassung	109
3. Beweiserleichterungen zugunsten des Arbeitgebers	109
4. Schlussfolgerungen	110
§ 7 Haftungsverteilung bei der Schädigung von Arbeitskollegen	111
I. Kongruenz der Wertungsgrundlage	111
II. Analyse der materiell-rechtlichen Risikoverteilung	113
1. Außenhaftung und Freistellung im Innenverhältnis	114
a) Unbeschränkte Außenhaftung zwischen Arbeitskollegen	114
b) Freistellung im Innenverhältnis zum Arbeitgeber	115
aa) Rechtsgrundlage der Freistellung	115
bb) Dogmatische Begründung	116
cc) Fälligkeit und Umfang des Freistellungsanspruch	117
2. Kongruenz in Anwendungsbereich und Schadensverteilung	118
3. „Haftungslücke“ Insolvenzrisiko	120
III. Analyse der prozessualen Risikoverteilung	121
1. Inhalt des Freistellungsanspruchs	121
2. Beweislast für die Voraussetzungen des innerbetrieblichen Schadensausgleichs	122
a) Herleitung der Beweislastregel aus der Rechtsprechung	122
b) Begründung eines abweichenden Ergebnisses	122

*Teil 3*

<b>Schadensausgleich beim Einsatz privater Informations- und Kommunikationstechnologie</b>	<b>125</b>
--	------------

**Kapitel 1**

<b>Das betriebliche Risiko beim Einsatz privater IKT</b>	<b>125</b>
§ 8 Die Anwendung herkömmlicher Abgrenzungsmodelle auf digitale Arbeitsverhältnisse	125
I. Bestimmung des Geltungsbereichs in der Rechtsprechung	125
II. Konkretisierung und Grenzen des Abgrenzungsdogmas	127
1. Betriebszwecke und -interessen in modernen Arbeitsstrukturen	127
2. Die Entgrenzung von privater und beruflicher Sphäre	128
III. Teleologische Bestimmung der Risikosphären	130
1. Rückgriff auf die arbeitsrechtlichen Zurechnungsprinzipien	130
2. Dogmatische Grundierung teleologischer Bestimmung der Risikosphären	130
3. Die konzentrischen Kreise der Betrieblichkeit	133
§ 9 Teleologische Konkretisierung des Anwendungsbereichs für den Einsatz privater IKT	135
I. Abgrenzungsfragen beim Einsatz des Arbeitsgeräts	135
1. Normaltypus betrieblicher Tätigkeit	136
a) Merkmale typischer Betriebstätigkeit	136
b) Sonderfall der einverständlichen Erweiterung des Leistungsprogrammes	137
c) Sonderfall der geschuldeten, objektiv interessenwidrigen Tätigkeit	137
d) Zwischenergebnis	138
2. Zurechnung tätigkeitsspezifischer Risiken nicht geschuldeter Tätigkeiten	138
a) Selbstbestimmtes Tätigwerden unter fremdbestimmten Rahmenbedingungen	139
aa) Selbst- und Fremdbestimmung in modernen Arbeitsformen	139
bb) Voraussetzungen der Risikozurechnung	140
(1) Sachzusammenhang mit arbeitgeberseitigen Vorgaben	141
(2) Betriebliche Handlungstendenz	142
cc) Zwischenergebnis	142
b) Eigeninitiatives Tätigwerden	143
3. Zurechnung von umgebungsspezifischen Risiken betrieblicher Tätigkeit	144
a) Tätigwerden aus dem privaten Lebensumfeld	144
aa) Risikozuweisung bei vertraglicher Regelung	145
bb) Risikozuweisung bei angewiesenem Tätigwerden	146
cc) Risikozuweisung bei Fehlen ausdrücklicher Anweisung	146
(1) Duldung durch den Arbeitgeber	147

(2) Überobligatorisches Tätigwerden aus betrieblichen Gründen	147
(3) Obliegenheit des Arbeitnehmers zur Inkenntnissetzung des Arbeitgebers	148
(4) Schlussfolgerung	149
dd) Zwischenergebnis	149
b) Mobiles Tätigwerden	150
4. Zurechnung der Risiken des Einsatzes privater Arbeitsgeräte	152
II. Abgrenzungsfragen bei unterhalb der Einsatzschwelle liegenden Schadensszenarien	154
1. Zurechnung der Schadensrisiken des Mitführens von Arbeitsgeräten	154
a) Mitführen während der regulären Arbeitszeit	154
aa) Schädigung betrieblicher Arbeitsmittel	154
bb) Schädigung privater Arbeitsgeräte	154
b) Mitführen außerhalb der regulären Arbeitszeiten	156
aa) Risikozuweisung beim Einsatz von Betriebsgeräten	156
(1) Vor- und Nachbereitung betrieblicher Tätigkeit	157
(2) Erreichbarkeitszeiträume	158
(3) Zwischenergebnis	159
bb) Risikozuweisung beim Einsatz von privaten Arbeitsgeräten	160
(1) Risikoverteilung bei direkter Steuerung	160
(2) Risikoverteilung bei indirekter Steuerung	161
2. Zurechnung der Schadensrisiken des Vorhaltens von Arbeitsgeräten	163
a) Risiken des Vorhaltens in der Betriebssphäre	163
b) Risiken des Vorhaltens in der Privatsphäre	164
aa) Vorhalten von betrieblichen Arbeitsgeräten	164
bb) Vorhalten von privaten Arbeitsgeräten	165
c) Sonderfall: Schädigung durch Dritte	166
aa) Schädigung des Betriebsgeräts	166
(1) Begründung der Risikozuweisung über den Parteiwillen	166
(2) Kritik am vertragsbezogenen Begründungsansatz	167
(3) Eigener Begründungsansatz	169
bb) Schädigung des privaten Arbeitsgeräts	171
3. Zusammentreffen privater und betrieblicher Schadensrisiken	172
a) Bestimmung des anwendbaren Haftungsregimes	173
aa) Mitursächlichkeit des privaten und betrieblichen Handlungsteils	173
bb) Vorrang des arbeitsrechtlichen Haftungsregimes	173
cc) Korrektur des arbeitsrechtlichen Haftungsregimes	175
b) Private Schadensrisiken als Teil der betrieblichen Risikosphäre	176
aa) Veranlassung durch den Arbeitgeber	176
bb) Veranlassung durch Umstände der Betriebsorganisation	177
III. Zusammenfassung	178

## Kapitel 2

**Innerbetriebliche Schadensverteilung beim Einsatz privater IKT  
zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer**

180

§ 10 Spezifische Risiken des Einsatzes privater IKT .....	180
I. Schadensdimension beim Einsatz von IT-Geräten .....	180
II. Klassifizierung der Risiken .....	182
1. Risiken der Mobilität und Funktionalität .....	182
a) Ausweitung der Unternehmensgrenzen .....	182
b) Professionalisierte Angriffsmethodik .....	183
c) Angreifbarkeit mobiler Endgeräte .....	185
d) Risiken der mobilen Nutzung .....	186
2. Risiken der Privatheit .....	187
a) Risikopotential privater Internetnutzung .....	187
b) Fehlende oder schwache Sicherheitsvorkehrungen .....	188
c) Weitere private Risikofaktoren .....	189
III. Gefährdungspotenziale für Arbeitsvertragsparteien und Dritte .....	190
§ 11 Haftungsrisiko des Arbeitnehmers beim Einsatz privater IKT .....	191
I. Verkehrssicherungspflichten und vertragliche Nebenpflichten .....	191
II. Begründung und Reichweite vertraglicher Schutzpflichten .....	192
1. Vertraglich geregelte Schutzpflichten .....	193
2. Abstellen auf die konkrete Vertragsbeziehung .....	193
a) Berechtigte Schutzerwartungen des Arbeitgebers .....	194
b) Fehlende Vertrauensfähigkeit des Arbeitnehmers .....	195
c) Ableitungen von der Intensität des Rechtsgüterkontakts .....	195
III. Schutzpflichten des Arbeitnehmers beim Einsatz privater IT .....	196
1. Darstellung der maßgeblichen Kriterien .....	196
2. Eingrenzung des Pflichtenprogramms mit Zumutbarkeitserwägungen .....	196
3. Konkretisierung anhand typischer Schadenshergänge .....	197
a) Verbot der aktiven Schädigung .....	197
aa) Pflichten bei Speicherung von Unternehmensdaten auf privaten Geräten .....	197
bb) Unterlassungspflichten bei infiziertem IT-System .....	198
cc) Umgehung von Sicherheitsvorkehrungen .....	199
dd) Sonstige Unterlassungspflichten .....	199
b) Pflicht zu aktiven Schutzmaßnahmen .....	200
aa) Schutzbedürftigkeit des Arbeitgebers .....	201
(1) Schutzvorkehrungen des Arbeitgebers .....	201
(a) Grundlegende IT-Sicherheitsmaßnahmen .....	201
(b) Gezielte Sicherheitsmaßnahmen für den Einsatz von Mo- bilgeräten .....	201

(c) Verwaltung und Kontrolle von privaten Endgeräten . . . . .	202
(d) Schutz der Zugänge zum Unternehmensnetzwerk . . . . .	203
(e) Maßnahmen des Datenschutzes . . . . .	203
(f) Zusammenfassung und Schlussfolgerungen . . . . .	205
(2) Betrachtungen zur Sachkompetenz der Arbeitsvertragsparteien	206
bb) Verhaltens- und Abwehrpflichten der Arbeitnehmer . . . . .	206
cc) Pflichten zum Schutz von Unternehmensdaten . . . . .	208
(1) Trennung betrieblicher und privater Daten . . . . .	208
(2) Sicherung betrieblicher Daten . . . . .	208
c) Schutzpflichten in der Privatsphäre . . . . .	210
aa) Reichweite des vertraglichen Schutzes . . . . .	210
bb) Vertragliche Regelung von in den Privatbereich hineinwirkenden Schutzpflichten . . . . .	212
cc) Schutzpflichten bei privater Internetnutzung . . . . .	213
(1) Erfordernis eines qualifizierten Risikos . . . . .	214
(2) Haftungsbegründendes Nutzungsverhalten des Arbeitnehmers	214
dd) Maßnahmen gegen Diebstahl, Verlust oder Beschädigung . . . . .	216
ee) Weitergabe an Dritte . . . . .	217
ff) Informationspflichten . . . . .	218
IV. Weitere Haftungsvoraussetzungen . . . . .	219
1. Bezug des Verschuldens auf die Pflichtverletzung . . . . .	220
2. Erkennbarkeit der Pflichtverletzung . . . . .	220
V. Haftungsverteilung gem. § 254 BGB . . . . .	221
1. Haftungsprivilegierung des Arbeitnehmers . . . . .	222
2. Arbeitgeberseitiges Mitverschulden und anzurechnende Betriebsgefahr	224
a) Potenzielle Maßnahmen der Schadensvorbeugung und -minderung . .	225
aa) Erkennbarkeit der Gefährdung unternehmerischer Rechtsgüter . .	225
bb) Vermeidbarkeit der Gefährdungslage . . . . .	226
(1) Grundlegende Maßnahmen der IT-Sicherheit . . . . .	226
(2) Maßnahmen zum Schutze betrieblicher Daten . . . . .	227
(3) Schlussfolgerungen . . . . .	228
b) Bestimmung des anzulegenden Sorgfaltsmaßstabs . . . . .	228
c) Haftungsverteilung nach Wahrscheinlichkeit und Verschuldensgrad	230
VI. Schlussfolgerungen . . . . .	231
§ 12 Besondere Probleme bei der Erstattung von Eigenschäden . . . . .	232
I. Verschuldensunabhängige Einstandspflicht des Arbeitgebers . . . . .	232
II. Vertragliche und deliktische Verschuldenshaftung . . . . .	233

## Kapitel 3

<b>Der Schadensausgleich bei Schädigung von Dritten, insb. Arbeitskollegen</b>	<b>234</b>
§ 13 Haftungsrisiko des Arbeitnehmers bei Schädigung von Rechtsgütern Dritter	234
I. Bedrohungslage für die Rechtsgüter Dritter	234
II. Delikts- und vertragsrechtlicher Schutzbereich	235
1. Software und Datenträger als Schutzgut i. S. v. § 823 BGB	235
2. Deliktsrechtlicher Schutz von Daten	236
3. Bedeutung von Verkehrspflichten im Haftungstatbestand	236
4. Vertragliche Ansprüche des Dritten	238
III. Verkehrspflichten im Haftungstatbestand des § 823 I BGB	239
1. Verkehrspflichten im Lichte digitaler Wertschöpfung	239
2. (Eingeschränkte) Anwendung der Kombinationslehre	239
3. Funktionen der Verkehrspflichten	241
a) Verkehrspflichten als äußerste Sorgfaltsanforderungen	242
b) Bezugspunkt des Verschuldens	243
c) Verkehrspflichten und haftungsbegründende Kausalität	244
4. Systematisierung von Verkehrspflichten	244
5. Begründung und Reichweite von Verkehrspflichten	245
a) Adressat von Verkehrspflichten, insb. Bereichsverantwortlichkeit	245
b) Inhalt der Verkehrspflicht	247
IV. Verkehrspflichten beim Einsatz privater Arbeitsgeräte	249
1. Grundlegende Abgrenzung der Pflichtenkreise	249
a) Pflichtenkreis des Arbeitgebers	249
b) Pflichtenkreis des Arbeitnehmers	250
aa) Verkehrspflichtigkeit wegen Gefahrschaffung	250
bb) Verkehrspflichtigkeit infolge Aufgabenübernahme	251
(1) Vertrauensbeziehung zum Arbeitgeber	252
(2) Gefahrbeherrschung und Weisungsgebundenheit	252
(3) Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers	254
c) Organisationspflichten und Geschäftsherrenhaftung gem. § 831 BGB	254
aa) Organisationspflichten bei Pflichtendelegation	255
bb) Geschäftsherrenhaftung bei Pflichtendelegation	256
cc) Schlussfolgerung	257
2. Verkehrspflichten beim Einsatz privater Arbeitsgeräte	258
a) Charakteristik der Drittgefährdung	258
aa) Betriebliche Gefahrenpunkte für Rechtsgüter Dritter	258
bb) Betriebliches Handlungsgeflecht	259
cc) Mehrstufigkeit des Kausalverlaufes	260
dd) Schlussfolgerung für die Abgrenzung der Pflichtenkreise	261



b) Pflichtenkreise beim Einsatz von Betriebsgeräten .....	262
aa) Bereichsverantwortlichkeit des Arbeitgebers .....	262
(1) Bereichsverantwortlichkeit bei Drittgefährdung .....	262
(2) Räumliche und funktionale Abgrenzungsmethode .....	262
(3) Pflichtenprogramm des Arbeitgebers .....	263
(a) Betriebliche Verwaltung fremder Daten .....	264
(b) Maßnahmen der IT-Sicherheit .....	264
(c) Sichere Datenübertragung .....	266
(d) Zwischenergebnis .....	266
(4) Grenzen der Bereichsverantwortlichkeit .....	266
(a) Bereichsverantwortlichkeit bei Mitwirkung des Arbeitnehmers .....	267
(b) Schutzobliegenheit des Geschädigten .....	268
bb) Originäre Verkehrspflichten des Arbeitnehmers .....	269
(1) Erfordernis des konkret gefährlichen, schadensnahen Verhaltens .....	270
(2) Anwendung auf den Einsatz privater IT .....	270
(3) Zwischenergebnis .....	272
cc) Erfüllungsübernahme und Organisationspflichten .....	272
(1) Erfüllungsübernahme beim Einsatz von Betriebsgeräten .....	273
(a) Erfüllungsübernahme und Risiken mobilen Arbeitens .....	273
(b) Übernahme von Datenschutzmaßnahmen .....	274
(c) Übernahme sonstiger IT-Sicherheitsmaßnahmen .....	275
(2) Organisationspflichten des Arbeitgebers .....	275
(a) Anweisungssystem .....	276
(b) Auswahl- und Überwachungssystem .....	277
(c) Informationssystem .....	279
dd) Zusammenfassung .....	279
c) Pflichtenkreise beim Einsatz von privaten Arbeitsgeräten .....	280
aa) Grad der Drittgefährdung beim Einsatz privater IT-Geräte .....	281
bb) Verkürzte Bereichsverantwortlichkeit? .....	282
(1) Grundsätzliche Verfügungsmacht des Arbeitnehmers .....	282
(2) Zugriffsrechte des Arbeitgebers .....	283
(3) Obliegenheit zur Überwindung beschränkter Verfügungsgewalt? .....	284
cc) Haftungsverantwortung des Arbeitgebers bei privater Auslösehandlung .....	285
(1) Besondere Schutzmaßnahmen gegen Schadsoftware und Datendiebstahl .....	286
(2) Besonderer Schutz privater IT-Geräte .....	287
(3) Erweiterter Schutz bei lokaler Speicherung .....	287

(4) Zwischenergebnis .....	288
dd) Haftungsverantwortung des Arbeitnehmers .....	288
ee) Erfüllungsübernahme und Organisationspflichten .....	290
d) Besonderheiten bei Schädigung von Arbeitskollegen .....	291
V. Zusammenfassende Betrachtung .....	292
§ 14 Durchsetzung von Freistellungsansprüchen bei Drittschädigung .....	294
I. Erfordernis zweifacher Betriebsbedingtheit .....	294
II. Spezielle Durchsetzungshindernisse beim betrieblichen Einsatz privater Infor- mations- und Kommunikationstechnik .....	296
1. Unsichere Rechtslage .....	296
2. Besondere Bedeutung der Freistellung .....	297
III. Die Rechtsstellung des freistellungsberechtigten Arbeitnehmers .....	297
1. Freistellungsklage bei titulierter Haftpflicht .....	299
a) Bindungswirkung bezüglich Begründetheit der Drittforderung .....	299
b) Strukturschwäche des Freistellungsanspruches .....	300
2. Freistellungsklage bei außerprozessualer Tilgung der Drittforderung ...	301
a) Zahlungsanspruch des schädigenden Arbeitnehmers .....	301
b) Streitverkündung im Freistellungsprozess .....	302
3. Vorbeugende Freistellungsklage .....	303
4. Zwischenergebnis .....	303
IV. Eventualbefreiung als Bestandteil der Freistellungspflicht .....	305
1. Eventualbefreiung als Rechtsschutzelement .....	305
2. Pflicht des Arbeitgebers zur Eventualbefreiung .....	306
3. Wirkungen der Eventualbefreiungspflicht im Arbeitsverhältnis .....	308
a) Wirkung der Freistellungspflicht im Außenverhältnis .....	308
b) Risikozuweisung im Innenverhältnis zivilrechtlicher Vertragsparteien	311
aa) Erstattung der Kosten des Haftungsprozesses .....	311
bb) Bindung an den Ausgang des Haftungsprozesses .....	311
cc) Risikozuweisung bei außerprozessualer Zahlung .....	313
dd) Zwischenergebnis .....	314
c) Risikozuweisung im Innenverhältnis der Arbeitsvertragsparteien ...	314
aa) Risikozuweisung bei außerprozessualer Zahlung .....	314
(1) Besonderheiten des arbeitsrechtlichen Freistellungsanspruchs	314
(2) Bindung des Arbeitgebers an die vorprozessuale Befriedigung	315
bb) Kostentragungspflicht des Arbeitgebers .....	317
(1) Obliegenheit bei subjektiv unbegründeter Drittforderung ...	317
(2) Obliegenheit bei subjektiv begründeter Drittforderung .....	318
(a) Kostenerstattung bei titulierter Drittforderung .....	320
(b) Kostenerstattung bei Obsiegen des Schädigers im Haf- tungsprozess .....	320
(3) Zwischenergebnis .....	321

cc) Risikozuweisung bei vorbeugender Freistellungsklage . . . . .	322
(1) Zulässigkeit der vorweggenommenen Freistellungsklage . . . .	322
(2) Zulässigkeit der vorweggenommenen Feststellungsklage . . . .	322
(a) Feststellungsfähigkeit der betrieblich veranlassten Scha-	
densursache . . . . .	323
(b) Feststellungsfähigkeit des vollen Freistellungsanspruchs . .	325
4. Mitwirkungsobliegenheiten des schädigenden Arbeitnehmers . . . . .	326
a) Anzeige- und Auskunftsobliegenheiten . . . . .	327
aa) Anzeigeobliegenheit . . . . .	328
bb) Aufklärungsobliegenheit . . . . .	329
b) Rechtsfolgen bei Verletzung der Obliegenheit . . . . .	330
aa) Verletzung der Anzeigeobliegenheit . . . . .	330
bb) Verletzung der Aufklärungs- und Auskunftsobliegenheit . . . .	331
c) Die Problematik der Unklarheit über die Betrieblichkeit des Scha-	
denshergangs . . . . .	332
5. Die Rechtsstellung des geschädigten Arbeitnehmers . . . . .	333
6. Zusammenfassung und Bewertung . . . . .	335
a) Einklang mit den arbeitsrechtlichen Wertungen . . . . .	336
b) Interessengerechtigkeit der vorliegenden Konzeption . . . . .	336
c) Schutzfunktion des Freistellungsanspruchs . . . . .	338

#### *Teil 4*

<b>Zusammenfassung</b>	339
------------------------	-----

<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	347
---------------------------------------	-----

<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	363
---------------------------------------	-----